

Informationspflichten nach Datenschutzgrundverordnung / Bundesdatenschutzgesetz der Kanzlei STOLPE Rechtsanwälte – Fachanwälte

Den Schutz Ihrer Daten nehmen wir ernst. Nachfolgend informieren wir Sie daher zur Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten gemäß der Art. 13, 14 DSGVO.

Nachfolgend stellen wir Ihnen die Umstände dar und geben Ihnen einen Überblick über die Verarbeitungsvorgänge personenbezogener Daten durch die Rechtsanwaltskanzlei STOLPE Rechtsanwälte – Fachanwälte. Wir verweisen hierbei auf Ihre Rechte im Zusammenhang mit dem Datenschutz.

1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden

Verantwortliche Stelle ist:

STOLPE Rechtsanwälte – Fachanwälte, RA Martin Stolpe

Karl-Liebknecht-Straße 91, 04275 Leipzig

Telefon: 0341/3082828

Fax: 0341/3082839

E-Mail-Adresse: leipzig@stolpe-rechtsanwaelte.de

Sie erreichen unseren betrieblichen Datenschutzbeauftragten unter

STOLPE Rechtsanwälte - Datenschutzbeauftragter

Karl-Liebknecht-Straße 91

Telefon: 0341/3082828

E-Mail-Adresse: datenschutz@stolpe-rechtsanwaelte.de

2. Datenerhebung- und Nutzung

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung von unseren Mandanten oder anderen Auftraggebern (z.B. IT-Dienstleistern oder sonstigen Dienstleistern, die wir zur Erfüllung unserer Aufgaben heranziehen) erhalten.

Weiter verarbeiten wir – wenn und soweit das für die Erbringung unserer anwaltlichen Leistungen erforderlich ist – personenbezogene Daten, die wir von Dritten zulässigerweise (z. B. zur Ausführung von Aufträgen, zur Erfüllung von Verträgen oder aufgrund einer von Ihnen erteilten Einwilligung) erhalten haben.

Hierzu gehören:

- Versicherungen, auch Rechtsschutzversicherungen
- Gerichte einschließlich der Geschäftsstellen und sonstiger Verwaltung
- Verwaltungsbehörden

Zum anderen verarbeiten wir personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen (z.B. Schuldnerverzeichnisse, Grundbücher, Handels- und Vereinsregister, Presse, Medien, Internet; Registrare (z.B. DPMA)) zulässigerweise beziehen und verarbeiten dürfen, oder die uns im Rahmen der Durchführung unseres Anwaltsauftrags von Dritten (z.B. Anspruchsgegnern, Behörden, Versicherern, Krankenhäusern, Rechtsanwälten) im Rahmen des anwaltlichen Schriftverkehrs übermittelt werden.

Personenbezogene Daten bei der Stammdateneröffnung, im Zuge der Beauftragung und deren Abwicklung können sein:

Name, Adresse/andere Kontaktdaten (Telefon, E-Mail-Adresse), Geburtsdatum/ort, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Familienstand, Geschäftsfähigkeit, Wohnstatus (Miete/Eigentum), Sozialversicherungsdaten, Gesundheitsdaten (einschließlich sozialrechtlich relevante Daten), Kontodaten, Zahlungsverkehrsdaten, Lebens- und Rentenversicherungsdaten, Erwerbs-, Berufsunfähigkeits- und Pflegeversicherungsdaten, private und öffentliche Krankenversicherungsdaten, Versicherungsnummern, Informationen aus anwaltlichem Schriftverkehr mit Dritten

Digitale Services

(z.B. DREBIS, www.drebis.de; e-Consult, www.e-consult.de)

Beim Einsatz digitaler Prozesse zur Durchführung des anwaltlichen Auftrags, z.B. durch elektronischen Schriftverkehr mit Rechtsschutzversicherern, sonstigen Versicherern, Krankenhäusern, Behörden, kann es sich um Auftragsdatenverarbeitungen handeln, für die wir Auftragsdatenverarbeitungsverträge mit den Auftragsdatenverarbeitern abschließen.

3. Wofür wir Ihre Daten verarbeiten (Verarbeitungszweck/Rechtsgrundlage)

Die vorbenannten, personenbezogenen Daten verarbeiten wir im Einklang mit den Bestimmungen der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG).

3.1. Zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten (Artikel 6 Abs.1 b DSGVO)

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zur Erbringung und Abwicklung (einschließlich Abrechnung) anwaltlicher Dienstleistung im Rahmen der Durchführung unserer Verträge mit unseren Mandanten oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen, die auf Ihre Anfrage hin erfolgen.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten Dritter kann ebenfalls zur Erbringung und Abwicklung anwaltlicher Dienstleistung im Rahmen des jeweiligen Dienstleistungsvertrages erfolgen, soweit diese mit dem Dienstleistungsvertrag zwingend in Berührung kommen, z.B. personenbezogene Daten Sachverständiger, Zeugen, Ansprechpartner dritter Unternehmen oder Behörden usw.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten Dritter erfolgt im Übrigen zur Durchführung und Abwicklung von Vertragsverhältnissen zu solchen Dritten, in der Regel Dienstleister oder Vertragspartner, bei den wir Betriebsmittel beziehen oder deren Leistungen wir zur Durchführung und Aufrechterhaltung der anwaltlichen Betriebstätigkeit in Anspruch nehmen; ausschließlich zur Anbahnung, Begründung oder Abwicklung des diesbezüglichen Vertragsverhältnisses.

Der Zweck der Datenverarbeitung richtet sich nach dem jeweiligen Auftrag. Er kann z.B. die mündliche oder schriftliche Beratung, die Erstellung von Verträgen, die behördliche oder gerichtliche Vertretung, die Behandlung und den Abschluss von Vergleichen betreffen.

Er kann weiter die Durchführung und Abwicklung sonstiger Vertragsverhältnisse mit Dritten, deren Leistungen zum unternehmerischen Betrieb der anwaltlichen Tätigkeit in Anspruch genommen werden, betreffen.

3.2. Im Rahmen der Interessenabwägung (Artikel 6 Abs. 1f DSGVO)

Soweit erforderlich, verarbeiten wir Ihre Daten über die eigentliche Erfüllung des Vertrages hinaus zur Wahrung berechtigter Interessen von uns oder Dritten. Beispiele:

- Geltendmachung weiterer rechtlicher Ansprüche und Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten
- Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebs
- Verhinderung von Straftaten

- Maßnahmen zur Gebäude- und Anlagensicherheit (z. B. Zutrittskontrollen)
- Maßnahmen zur Sicherstellung des Hausrechts
- Maßnahmen zur Geschäftssteuerung und Weiterentwicklung von Dienstleistungen und Produkten

3.3. Aufgrund Ihrer Einwilligung (Artikel 6 Abs. 1 a DSGVO)

Soweit Sie uns eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke (z. B. Weitergabe von Daten an Rechtsschutzversicherer, sonstige Versicherer, Krankenhäuser, Behörden) erteilt haben, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf der Grundlage Ihrer Einwilligung gegeben. Eine von Ihnen erteilte Einwilligung können Sie jederzeit widerrufen. Sie können auch solche Einwilligungserklärungen widerrufen, die vor der Geltung der EU-DSGVO, also vor dem 25. Mai 2018, uns gegenüber erteilt worden sind. Ein solcher Widerruf wirkt allerdings ausschließlich für die Zukunft. Das heißt, dass die Rechtmäßigkeit von Datenverarbeitungen, die vor einem solchen Widerruf erfolgt sind, vom Widerruf unberührt bleibt.

3.4. Aufgrund gesetzlicher Vorgaben (Artikel 6 Abs.1 c DSGVO) oder Im öffentlichen Interesse (Artikel 6 Abs.1 e DSGVO)

Zudem unterliegen wir als beratendes Unternehmen gegebenenfalls gesetzlichen Verpflichtungen (z.B. Geldwäschegesetz oder Steuergesetze). Zu den Zwecken der Verarbeitung gehören damit auch etwaige Kontroll- und Meldepflichten im gesetzlich erforderlichen und gebotenen Umfang.

4. Wer bekommt meine Daten

Innerhalb unserer Anwaltskanzlei erhalten alle Stellen Zugriff auf Ihre Daten, die notwendigerweise mit der Erfüllung der vertraglichen und gesetzlichen Verpflichtungen betraut sind und mit diesen in Berührung kommen. Damit können solche Daten auch durch Dienstleister oder unseren Erfüllungshelfen verarbeitet werden, wenn und soweit dies den gesetzlichen Anforderungen an eine solche Verarbeitung genügt, und eine solche Verarbeitung erforderlich ist.

Dabei ist bei der Weitergabe von Daten an Empfänger außerhalb unserer Anwaltskanzlei zu beachten, dass wir als Rechtsanwälte zur Verschwiegenheit über alle auftragsbezogenen Informationen und Wertungen im Rahmen des Anwaltsvertrages verpflichtet sind, von denen wir Kenntnis erlangen. Solche vertraulichen Informationen stehen damit unter einem besonderen gesetzlichen Schutz. Wir geben sie nur dann im erforderlichen Umfang weiter, wenn dies gesetzliche Bestimmungen zwingend vorschreiben, Sie rechtswirksam eingewilligt haben oder von uns beauftragte Auftragsverarbeiter gleichgerichtet die Einhaltung der anwaltlichen Vertraulichkeit sowie die Vorgaben der EU-Datenschutz-Grundverordnung/des Bundesdatenschutzgesetzes garantieren. Die nachfolgend dargestellten Empfänger personenbezogener Daten erhalten diese also im Fall des Anwaltsauftrages entweder nicht, oder nur unter den oben genannten, eingeschränkten Bedingungen.

Unter diesen Voraussetzungen können Empfänger personenbezogener Daten z. B. sein:

- öffentliche Stellen und Institutionen, Rechtsschutzversicherungen, Krankenkassen, Krankenhäuser, Träger der Sozialversicherung, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, gesetzliche und private Rentenversicherer
- Unterstützung/Wartung von EDV-/IT-Anwendungen, Archivierung, Belegbearbeitung, ggf. Erbringer von Telefondienstleistungen (Büroservice), Compliance-Services, Controlling, Datenvernichtung, Einkauf/Beschaffung, Forderungsbeitreibung, Kundenverwaltung, Marketing, Medientechnik, Meldewesen, Research, Risikocontrolling, Spesenabrechnung, Telefonie, Videolegitimation, Webseitenmanagement, Zahlungsverkehr.

Weitere Datenempfänger können diejenigen Stellen sein, für die Sie im Einzelfall Ihre rechtswirksame Einwilligung zur Datenübermittlung erteilt haben bzw. für die Sie uns von der Verpflichtung zur anwaltlichen Vertraulichkeit gemäß Vereinbarung oder Einwilligung befreit haben.

5. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt

Eine Datenübermittlung in Länder außerhalb der EU bzw. des EWR (sogenannte Drittstaaten) findet nur ausnahmsweise statt, soweit dies im Einzelfall zur Durchführung des anwaltlichen Auftrags wegen eines Auslandsbezugs zwingend notwendig ist und Sie uns eine rechtswirksame Einwilligung erteilt haben.

Wenn und soweit wir Dienstleister in einem Drittstaat einsetzen, verpflichten wir diese zusätzlich zur schriftlichen Weisung durch die Vereinbarung der EU-Standardvertragsklauseln auf die Einhaltung des europäischen Datenschutzniveaus.

6. Wie lange werden meine Daten gespeichert

Wir verarbeiten und speichern Ihre personenbezogenen Daten, solange es für die Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten erforderlich ist. Hierbei kann es nach Art der vertraglichen Verpflichtung, z.B. bei Dauerschuldverhältnissen, erforderlich sein, für den gesamten Zeitraum des Dauerschuldverhältnisses oder eines gegebenenfalls sehr langwierigen, anwaltlich betriebenen Verfahrens, notwendig sein, die Daten über den gesamten Zeitraum des Vertragsverhältnisses zu speichern, so dass die Aufbewahrungsfrist erst mit der Beendigung eines solchen langdauernden Vertragsverhältnisses beginnt.

Wenn die Daten zur Erfüllung vertraglicher oder gesetzlicher Pflichten nicht mehr erforderlich sind, werden diese regelmäßig gelöscht, es sei denn, ihre - gegebenenfalls befristete - Weiterverarbeitung ist zu folgenden Zwecken erforderlich:

- Erfüllung handels- und steuerrechtlicher Aufbewahrungsfristen aus dem Handelsgesetzbuch (HGB), Abgabenordnung (AO), ggf. Geldwäschegesetz, und sozialversicherungsrechtlicher Vorschriften. Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen zwei bis zehn Jahre.
- Erhaltung von Beweismitteln und Dokumentation zur Abwehr von Haftung und Durchsetzung von Rechtsansprüchen im Rahmen der Verjährungsvorschriften.

Nach § 50 BRAO beträgt die Aufbewahrungsfrist anwaltlicher (auch elektronischer) Handakten 6 Jahre.

Nach den §§196 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt.

7. Welche Datenschutzrechte habe ich

Aufgrund dessen, dass wir personenbezogene Daten von Ihnen verarbeiten, stehen Ihnen folgende Rechte zu:

7.1. Widerspruchsrecht

Gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO haben Sie das Recht ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten für die Zukunft nicht mehr gerechtfertigt ist und somit nicht mehr fortgeführt werden darf.

7.2. Auskunftsrecht

Gemäß Art. 15 DSGVO haben Sie das Recht Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu erhalten. Sie können Auskunft verlangen über

- die Verarbeitungszwecke ,
- die Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden;
- die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die personenbezogenen Daten offengelegt worden sind oder noch offengelegt werden;
- die geplante Speicherdauer bzw. die Kriterien für die Festlegung dieser Dauer
- das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung der sie betreffenden personenbezogenen Daten oder auf Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch
- das Bestehen eines Beschwerderechts bei der Aufsichtsbehörde
- sofern die personenbezogenen Daten nicht bei Ihnen erhoben wurden, alle verfügbaren Information über die Herkunft der Daten
- sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gegebenenfalls aussagekräftige Information zu deren Einzelheiten

7.3. Recht auf Berichtigung

Gemäß Art. 16 DSGVO haben Sie das Recht auf unverzügliche Berichtigung ihrer unrichtigen personenbezogener Daten. Ebenso haben sie gemäß Art. 16 DSGVO das Recht auf Vervollständigung Ihrer unvollständigen personenbezogenen Daten.

7.4. Recht auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden“)

gemäß Art. 17 des GVO haben Sie das Recht zu verlangen, dass ihre personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht werden, wenn:

- der Zweck für die ihre personenbezogenen Daten verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig ist
- wenn Sie Ihre Einwilligung widerrufen bzw. es an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten fehlt
- Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen und es keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung gibt
- ihre personenbezogenen Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden
- die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich ist, dem wir unterliegen
- ihre personenbezogenen Daten Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft erhoben wurden

gemäß Art. 17 Abs. 2 DSGVO sind wir verpflichtet unter Berücksichtigung der verfügbaren Mittel der verfügbaren Technologien und der im Implementierungskosten angemessene Maßnahmen zu treffen, auch technischer Art, um für die Datenverarbeitung Verantwortliche, die die personenbezogenen Daten verarbeiten, darüber zu informieren, dass Sie von Ihnen die Löschung aller Links für diese personenbezogenen Daten oder von Kopien oder Replikation dieser personenbezogenen Daten verlangen.

Sie haben keinen Anspruch auf Löschung gemäß Art. 17 Abs. 3 DSGVO, wenn:

- Die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information erforderlich ist;
- die Verarbeitung zu Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem wir unterliegen, es erfordert oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, dem öffentlich Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die uns übertragen wurde;
- die Verarbeitung aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. h und i sowie Art. 9 Abs. 3 DSGVO erforderlich ist;
- die Verarbeitung zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.

7.5. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Gemäß Art. 18 DSGVO haben Sie das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, wenn:

- Die Richtigkeit ihrer personenbezogenen Daten von Ihnen bestritten wird (und zwar für eine Dauer, die es uns ermöglicht, die Richtigkeit ihrer personenbezogenen Daten zu überprüfen)
- die Verarbeitung unrechtmäßig ist und Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Nutzung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen
- wir Ihre personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht mehr länger benötigen, Sie ihre Daten jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen
- oder Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO eingelegt haben und es noch nicht feststeht, ob unsere eingewanderten berechtigten Gründe gegenüber denen Ihrer Person überwiegen.

7.6. Recht auf Daten Übertragbarkeit

Gemäß Art. 20 DSGVO haben Sie das Recht, Ihre personenbezogenen Daten die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten. Des Weiteren haben Sie das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch uns zu übermitteln. Gemäß Art. 20 Abs. 2 des GVO haben Sie das Recht auf direkte Datenübertragbarkeit von uns zu einem anderen Verantwortlichen.

7.7. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Gemäß Art. 77 DSGVO haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde. Zuständig ist die Aufsichtsbehörde ihres Aufenthaltsortes oder ihres Arbeitsplatzes bzw. die Aufsichtsbehörde, welche zuständig ist für den Sitz *meines/unseres* Maklerbüros.

7.8. Widerspruchsrecht

Gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO haben Sie das Recht Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten (welche auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e oder f DSGVO verarbeitet wurden) einzulegen, wenn:

- Gründe vorliegen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben.
- oder sich der Widerspruch gegen Direktwerbung richtet.

Ihren Widerspruch können sie in Textform entweder postalisch, per E-Mail oder per Fax übermitteln an:

STOLPE Rechtsanwälte - Fachanwälte Datenschutzbeauftragter

Karl-Liebknecht-Straße 91

04275 Leipzig

Telefax: 0341/3082839

E-Mail: datenschutz@stolpe-rechtsanwaelte.de

Ihr Widerspruch berührt die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerspruch erfolgten Verarbeitung nicht. Durch Ihren Widerspruch wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerspruch verarbeiteten personenbezogenen Daten nicht berührt.

Das Auskunftsrecht und das Lösungsrecht unterliegen allerdings den Einschränkungen nach §§ 34 und 35 BDSG. Hiermit besteht auch ein Auskunftsrecht nicht, wenn hierdurch Informationen offenbart werden würden, die der gesetzlichen, anwaltlichen Verschwiegenheit (Geheimhaltungspflicht) unterliegen.

8. Empfangsbestätigung

a) Eine Abschrift des hier vorliegenden Dokumentes habe ich erhalten und inhaltlich zur Kenntnis genommen.

b) Im Weiteren erkläre ich im Sinne des hier vorliegenden Dokuments über die Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten umfassend informiert und über meine Rechte (insbesondere Widerrufs-, Widerspruchs- und Beschwerderechte) belehrt worden zu sein.

Ort, Datum

Unterschrift Mandant